

Mainz/Wiesbaden, den 13. Juni 2007

fo

Zuwanderungsänderungsgesetz

Integrationspolitischer Fauxpas**Bundesausländerbeirat fordert ein deutliches „Nein“ zu Verschärfungen in Bundestag und Bundesrat/ Zuwanderungsgesetz mutiert zum Integrationsverhinderungsgesetz**

Der Bundesausländerbeirat hat die Mitglieder des Deutschen Bundestages aufgefordert, der massiven Kritik von Verbänden und Organisationen zu folgen und am Donnerstag der geplanten Verabschiedung der vielen Verschärfungen im Zuwanderungsgesetz eine klare Absage zu erteilen.

„Die politische Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik Deutschland steht auf dem Spiel“, so der Vorsitzende des Gremiums Memet Kilic. „Man kann nicht auf der einen Seite der Integration mit Integrationsgipfeln oder Nationalem Integrationsplan das Wort reden und auf der anderen Seite mit einer unglaublichen Menge von Verschärfungen und Restriktionen Integration geradezu verhindern.“ Statt Integration zu fördern, halte nun wieder der alte Abwehrgeist des Ausländerrechts von anno dazumal Einzug in das Zuwanderungsrecht, so Kilic.

Der Bundesausländerbeirat kritisierte vor allem die vorgesehenen Sanktionen im Bereich der Integrationskurse, die bis zur Aufenthaltsbeendigung führen können, die Neuregelungen zur Familiensammenführung, die Einschränkungen im Einbürgerungsrecht und die Aushöhlung des Datenschutzes.

An der Grenze zur Verfassungswidrigkeit lägen besonders die Restriktionen beim Familiennachzug. Kilic: „Der Zwang, vor der Einreise Sprachkenntnisse nachzuweisen, wird künftig Familiennachzug de facto verhindern, der grundgesetzliche Schutz von Ehe und Familie wird außer Kraft gesetzt.“ Schon jetzt sei hinreichend bekannt, dass weder in allen Herkunftsländern, geschweige denn wohnortnah geeignete Angebote an Deutschkursen vorhanden oder allgemein zu-

Geschäftsstelle:

c/o AGARP

Frauenlobstr. 15-19

55118 Mainz

tel.: 06131/ 63 84 35

fax: 06131/ 67 94 37

gänglich sind. „Hier wird ein 2-Klassen-Recht geschaffen. Nämlich für die, die es sich finanziell leisten können und für die, die es sich eben nicht leisten können. Auf deutsch heißt dies Diskriminierung.“

Beim Familiennachzug zu Deutschen sei diese Regelung geradezu ein ideologischer Dammbbruch. „Ab sofort soll es eine deutsche Staatsbürgerschaft erster und zweiter Klasse geben. Für den Ehegattenzug zu Deutschen gelten nämlich nicht nur die gleichen Voraussetzungen wie Mindestalter und Sprachkenntnisse, sondern nun soll der deutsche Ehepartner in bestimmten Fällen zur Auswanderung gezwungen werden, wenn er mit seinem ausländischen Ehepartner zusammenleben will,“ kritisierte Kilic.

Die Verschärfungen der Einbürgerungsvoraussetzungen für Jugendliche führten im Ergebnis zur vollständigen faktischen Abschaffung der Anspruchseinbürgerung. Kilic: „Einbürgerung muss erleichtert und nicht verschärft werden. Schon jetzt sind die Einbürgerungszahlen rückläufig, ganz im Gegensatz zu dem politischen Willen der demokratischen Parteien. Und nun setzt man bei denen an, die in den Bereichen Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt am meisten benachteiligt sind: den jungen Menschen unter 23. Ihnen die Einbürgerung zu verweigern, wenn sie weder in Ausbildung sind noch ihren Lebensunterhalt selbst sichern können, ist ein integrationspolitischer Fauxpas.“

Die erweiterten Zugriffsrechte auf das Ausländerzentralregister und die Erweiterung der erkennungsdienstlichen Maßnahmen kritisierte Kilic als einen gefährlichen Eingriff in das durch das Grundgesetz garantierte informationelle Selbstbestimmungsrecht eines jeden Menschen. „Sicherheitsaspekte sind für neuerliche Restriktionen kein Argument. Demokratie kann man nicht schützen, indem man ihre freiheitlichen Grundrechte Schritt für Schritt demontiert,“ sagte Kilic. Vielmehr sei die rechtsstaatliche und freiheitliche demokratische Grundordnung das beste Mittel zur Bekämpfung von Terrorismus.

Auch die abgespeckte Bleiberechtsregelung ist für den Bundesausländerbeirat keine wirkliche Lösung für die Mehrheit der in Deutschland lebenden Flüchtlinge. Die vielen Ausschlussgründe würden dafür sorgen, dass nur ein kleiner Teil der Flüchtlinge davon profitiert. Kilic: „Kettenduldungen bleiben in Deutschland auch in Zukunft an der Tagesordnung.“

Bei Rückfragen: 0172/ 7 30 57 76 (Memet Kilic) oder
0172/ 61 55 99 7 (Ulrike Foraci)